



MITTAGSPOST

18.10. Ausgabe 16/2019

Fraktion

Die Erschießung zweier Menschen und die versuchte Tötung von vielen weiteren in einer Synagoge in Halle hat bei uns allen Spuren hinterlassen. Unter breiter Beteiligung wurde in der Fraktion das Ausmaß des herrschenden Rechtsradikalismus sowie mögliche Gegenstrategien erörtert. Laut unserer Bundesjustizministerin Christine Lambrecht waren bereits vor Halle diverse Gegenmaßnahmen gegen rechts-extremen Terror in der Vorbereitung, die jetzt beschleunigt umgesetzt werden. Sie warnt davor, dass wir trotz aller Bestürzung nicht bei Halle stehen bleiben dürfen, sondern die Gefahrenquellen angehen müssen, die bereits vor dem Anschlag ausgemacht wurden, konkret die rassistische Aufwiegelung im Netz. Feindseligkeit und Hetze online wie offline haben inakzeptable Ausmaße erreicht. Daher hat Christine ein Gesetz in die Wege geleitet, um Betreiber von Internetforen dazu zu verpflichten, strafbare Posts mit ihren IP-Adressen zu melden, damit die Polizei ermitteln kann. Auf diesem Wege wird man endlich der Verhetzer habhaft, die zu strafbaren Handlungen auffordern oder gar mit eigenen prahlen. Das Gesetz wird derzeit vorbereitet, ebenso wie weitere Regelungen, die Kommunalpolitiker vor Ort vor Angriffen schützen sollen. Wir diskutieren schon länger, wie wir die Innenbehörden im Erkenntnisbereich und bei den Ermittlungen stärken können, durch Personal, Ausstattung und Sachkompetenz im digitalen Bereich.

Bundestag

Der Anschlag in Halle strahlt natürlich auch in das Plenum des Bundestages aus. Nur eine stabile Tür hat rund 50 Menschen jüdischen Glaubens davor bewahrt, von dem Attentäter erschossen zu werden. Wir sind der Tragödie, dass so etwas auf deutschem Boden nochmal passieren könnte, nur ganz knapp entronnen. Daher wurde mit Nachdruck am Donnerstagvormittag die Bekämpfung des Antisemitismus debattiert. Vertreter aller Parteien haben sich zu diesem Ziel bekannt. Manche glaubwürdiger als andere.

Zudem fanden diese Woche gleich alle drei Lesungen zum Grundsteuer-Reformgesetz statt. Diese Gesetzesänderungen sichern eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen nämlich etwa 15 Milliarden Euro im Jahr. Zugleich wird den Ländern das Recht eingeräumt, eigene landesrechtliche Regelungen zur Grundsteuer zu erfassen. Auf Bundesebene wird sich die Berechnung der Grundsteuer weiter am Wert der Grundstücke orientieren.

Wichtig war auch die 1. Lesung des Gesetzes zum Schutz der Paketboten. Zu lange konnten Paketdienstleister Sub-Unternehmen beschäftigen, ohne darauf achten zu müssen, ob diese tarifrechtliche Standards einhalten. Dadurch wurden vielen Paketboten keine Sozialabgaben bezahlt und sie verdienten mitunter nur 3 bis 4 € die Stunde. Durch die Einführung der Nachunternehmerhaftung werden die großen Paketdienstleister künftig dafür zur Verantwortung gezogen.

Anhörungen

Das Thema klingt nicht so aufregend, ist aber wichtig für alle, die es betrifft: Das Beamtenstrukturmodernisierungsgesetz. Uns ist es so wichtig, dass dazu eine Expertenanhörung im Bundestag abgehalten wurde, um sicher zu gehen, dass das Gesetz Hand und Fuß hat. Konkret geht es dabei um Verbesserungen für Polizeibeamt*innen und Soldat*innen bei Zulagen um In- und Ausland, um die Mütterrente und um den Versorgungsausgleich von Geschiedenen. Im Kern sind wir uns über die Verbesserungen einig, um Einzelheiten wird jedoch noch verhandelt.

Diese Woche fand im Agrarausschuss eine Expertenanhörung zur Haltung von Wildtieren im Zirkus statt. Dabei wurde klar, dass zumindest für bestimmte Tierarten, wie z.B. Menschenaffen, Giraffen, Nashörner, Flusspferde und Bären, eine tiergerechte Haltung im Zirkus nicht möglich ist. Häufiger Ortswechsel, Dressuren



Mit dem Biologen Thomas Pietsch von „Vier Pfoten“, den die SPD als Sachverständigen für die Anhörung benennen durfte.

und begrenzter Platz schließen die Nutzung dieser Tiere aus. Deutlich wurde auch, dass die 20 Jahre alte Zirkusleitlinie auf den neuesten Stand der Tierhaltung gebracht werden muss. Auch die Nutzung der Zirkusregister der Länder muss durch verpflichtende Meldungen der Kontrollen und Ergebnisse verbessert werden.

Treffen in Berlin

Beim Treffen der niedersächsischen Landesgruppe war unsere Familienministerin Giffey zu Gast, die uns Abgeordnete über den Stand ihrer Gesetzespakete informiert hat. Hinsichtlich der Zuschüsse über das Gute-Kita-Gesetz haben bis auf 3 Bundesländer alle Verträge mit dem Bund geschlossen. Wenn alle Länder Verträge gemacht haben, werden die Verträge auch veröffentlicht. Am 21.11. wird es dann eine Tagung in Berlin geben, auf der dargelegt wird, was die einzelnen Länder konkret mit den Mitteln machen, da diese übertragbar sind. Das ganze wird also sehr transparent gemacht.

Ebenfalls zu Besuch waren die Bundessprecherinnen der Landfrauen. Ihr Ziel: Ein Treffen mit der



Die Bundessprecherinnen mit Staatssekretärin Caren Marks (Foto: Sandra Kühnapfel)

parlamentarischen Staatssekretärin Caren Marks, um ihr eine Studie zu kommunaler Gleichstellung zu überreichen. Das

wenig überraschende Ergebnis ist, dass das Thema Gleichstellung im Diskurs über ländliche Räume regelmäßig zu kurz kommt. Gut, dass die Landfrauen das thematisieren.

Allen Terminen zum Trotz gelang es mir noch, abends einen Blick auf Berlin als „Stadt der Lichter“ zu werfen. Wirklich stimmungsvoll und wunderschön.

